

Darum muss die einrichtungsbezogene Impfpflicht fallen

Stand: 14:15 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Von Beatrice Achterberg



Karl Lauterbach (SPD) hat bisher eine Aufhebung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht verneint

Quelle: pa/dpa/Carsten Koall

Seit März gilt die Impfpflicht für das Gesundheitswesen. Zigtausende Ärzte und Pfleger, die nicht gegen Corona geimpft sind, müssen seitdem täglich Konsequenzen fürchten. Zugleich kann das Gesundheitssystem sich nicht leisten, sie zu verlieren. Das lässt nur einen Schluss zu.

Der Gesundheitsminister hat eine einmalige Chance. Er kann die einrichtungsbezogene Impfpflicht fürs Gesundheitswesen aufheben. Nach Monaten der [Eskapaden](/debatte/kommentare/plus236685611/Genesenen-Status-Diesmal-hat-es-Lauterbach-zu-weit-getrieben.html) (</debatte/kommentare/plus236685611/Genesenen-Status-Diesmal-hat-es-Lauterbach-zu-weit-getrieben.html>) und [Irrwege](/politik/deutschland/plus236824761/Gesundheitsminister-Warnen-statt-erklaren-Karl-Lauterbachs-Irrwege.html) (</politik/deutschland/plus236824761/Gesundheitsminister-Warnen-statt-erklaren-Karl-Lauterbachs-Irrwege.html>) stünde Karl Lauterbach diese Entscheidung gut zu Gesicht.

Nachdem die allgemeine Impfpflicht im Bundestag gescheitert ist, wird der Zwang, sich für einen Beruf im medizinischen Bereich impfen zu lassen, jeden Tag absurder. Die Pflicht ist zur Farce verkommen, denn sie wird nur lückenhaft umgesetzt. Einige Gesundheitsämter

und Vorgesetzte drücken – teils motiviert durch die Politik – ein Auge zu. Andere Arbeitgeber haben zum 15. März ungeimpften Angestellten das Beschäftigungsverbot ausgesprochen.

Wie ein Damoklesschwert schwebt die Impfpflicht nun über Ärzten, Pflegeern und medizinischen Fachangestellten, die ungeimpft oder noch genesen sind und momentan die Kulanz der Gesundheitsämter genießen. In Bayern verlassen sie sich auf Markus Söder (/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article236729877/Soeder-will-Impfpflicht-fuer-Pflegekraefte-nicht-umsetzen.html), der beschlossen hat, die Regel bis auf Weiteres nicht umzusetzen.

Eine unnötige Belastung für die Betroffenen. Auch in anderen Berufen wäre diese Verunsicherung für Arbeitnehmer untragbar. Im dauerhaft angeschlagenen Gesundheitssystem ist sie es erst recht. Der Pflegenotstand (</debatte/kommentare/article181350494/Meinhard-Miegel-Woher-der-ewige-Pflegenotstand-kommt.html>) ist seit Jahrzehnten bekannt, laut einer aktuellen Umfrage erwägen 40 Prozent (</politik/deutschland/article236219718/Pflexit-40-Prozent-der-Pflegekraefte-erwaegen-ihren-Job-aufzugeben.html>) der Pflegekräfte, ihren Job aufzugeben; Tausende (</politik/deutschland/article227871577/Corona-Deutschland-verliert-in-der-Pandemie-Tausende-Pflegekraefte.html>) gingen in der Pandemie verloren.

Auch wenn die Impfung Schutz bietet, kommt es in seltenen Fällen zu schweren Nebenwirkungen (</politik/deutschland/plus237106177/Coronavirus-Impf-Nebenwirkungen-deutlich-mehr-als-bisher-bekannt.html>). Omikron verursacht derzeit mildere Verläufe als frühere Varianten. All das muss mitgedacht werden – und kann nur zu einer Schlussfolgerung führen: Jeder sollte selbst abwägen dürfen. Existenzgefährdender Druck ist bei einem medizinischen Eingriff fehl am Platz.

Zwar widersprechen sich die Studiendaten teilweise, aber Experten wie Hendrik Streeck (</politik/deutschland/video236844939/Hendrik-Streeck-Maske-hat-einen-viel-besseren-Effekt-als-Fremdschutz-als-eine-Impfung.html>) halten das Argument des Fremdschutzes (</debatte/kommentare/plus234765956/Virologe-Hendrik-Streeck-Meine-acht-Punkte-zur-Ueberwindung-von-Corona.html>) längst für obsolet. Masken sind demnach im medizinischen Bereich für den Fremdschutz wichtiger als die Impfung.

Die Impfung ist ein Mittel, um sich selbst zu schützen. Angesichts der Tatsache, dass sich auch doppelt Geimpfte und Geboosterte infizieren können und hospitalisiert werden, reicht das Eigenschutz-Argument aber nicht aus, um eine Pflicht auszusprechen. Da die Wirkung des Boosters nur einige Wochen anhält und dann absinkt (</vermishtes/plus237548275/Covid-19-Impfstoffe-Wir-brauchen-eine-systematische-Erfassung-von-Nebenwirkungen.html>), ist hier die nachhaltige Wirksamkeit (</politik/deutschland/article235692088/Corona-Impfen-allein-reicht-laut-Experten-nicht-gegen-Omikron.html>) nicht hoch genug, um das Gesetz zu stützen. Warum soll den Menschen im medizinischen Bereich ein Eigenschutz aufgezwungen werden, wenn wir es beim Rest der Gesellschaft nicht tun?

Bleibt das Argument, durch Verhinderung eines schweren Verlaufs mittels Impfung das Gesundheitssystem zu entlasten. Auch hier zeigt Omikron seine Güte: Die Intensivstationen (</regionales/hamburg/article238101897/Corona-Patienten-in-Kliniken-Wir-sind-weit-entfernt-von-einer-Ueberlastung.html>) sind nicht durch Corona-Patienten überlastet, oft ist die Diagnose ein Nebenbefund (</vermishtes/plus237758181/Helios-Kliniken-Grossteil-der-Covid-Patienten-nicht-wegen-Covid-hospitalisiert.html>).

Das Gesetz zur Pflicht läuft im Dezember aus. Karl Lauterbach könnte viel Leid, Kündigungen und Berufsabwanderung ersparen, würde er das Gesetz schon vorher aufheben. Als Leiter des Gesundheitsministeriums könnte er eine Initiative dazu ins Rollen bringen, der Bundestag müsste dann über die Gesetzesänderung entscheiden.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  164

NEIN  6

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238447493>